

An  
Oberbürgermeister Gert Hager  
Marktplatz 1  
75175 Pforzheim

Pforzheim, 03.06.2013

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Hager,

### **Wir in Pforzheim (WiP) stellt den Antrag**

der Gemeinderat beschließt, die Entscheidung zur Organisation des Busverkehrs in Pforzheim per Bürgerentscheid fällen zu lassen mit der Frage: „Sind Sie nach Ende des Verkehrsvertrages mit dem privaten Konzern Veolia am 10.12.2016 für die Direktvergabe des Busverkehrs an einen kommunalen Betrieb?“

Der Bürgerentscheid findet gleichzeitig zu einer Wahl 2013 oder 2014 statt, z.B. am 22.09. zur Bundestagswahl oder im Jahr 2014 zur Kommunal- oder Europawahl.

Die Entscheidung über diesen Antrag muss vor der Entscheidung des Gemeinderates am 23.07.2013 über die zukünftige Organisation des Busbetriebes nach 2016 erfolgen.

### **Begründung**

Am 23.07.2006 haben die Bürgerinnen und Bürger in Pforzheim im ersten Bürgerentscheid Baden-Württembergs über die Privatisierung eines kommunalen Betriebes abgestimmt.

Zuvor hatte der Gemeinderat am 14.02.2006 mehrheitlich gegen die Zulässigkeit des ersten Bürgerbegehrens des Aktionsbündnisses Busse in Bürgerhand (BiB) gestimmt, nachdem ein aus unserer Sicht fragwürdiges Gutachten von Prof. Meissner die Unzulässigkeit des Bürgerbegehrens behauptet hatte. Auch ein Antrag aus der Mitte des Gemeinderates, dass sich der Gemeinderat selbst für einen Bürgerentscheid in der Privatisierungsentscheidung ausspricht, wurde mehrheitlich im Gemeinderat abgelehnt.

Auf Empfehlung der Stadtverwaltung und entgegen des Antrags von BiB, welches den Bürgerentscheid initiiert hat, wurde der Bürgerentscheid an einem heißen Julisonntag unmittelbar vor den Sommerferien durchgeführt.

Das amtliche Endergebnis betrug 14.069 JA-Stimmen und 4.284 NEIN-Stimmen. Damit hatten 16,8% der Wahlberechtigten und über 75% der Abstimmenden für einen kommunalen Betrieb und gegen die Privatisierung des Betriebes gestimmt, nur 5,1% wollten einen privaten Betrieb. Auf Grund des enorm hohen Zustimmungsquorums bei Bürgerentscheiden in Baden-Württemberg von 25%, das nicht überschritten werden konnte, wurde das Ergebnis nicht rechtskräftig.

Nachdem die Bürger ihre Stimme am 23.07.2006 abgegeben und sich mehrheitlich für einen kommunalen Betrieb ausgesprochen hatten, ignorierte eine Mehrheit des Gemeinderates trotzdem diesen Bürgerwillen und entschied sich für die Teilprivatisierung des Betriebes am 01.08.2006.

Konsequenterweise wurde die damalige Oberbürgermeisterin Christel Augenstein als Vertreterin der Gemeinderatsmehrheit und der Stadtverwaltung mit der Demokratie-Gurke der Organisation Mehr Demokratie e.V. „ausgezeichnet“ und damit zum Gespött der deutschlandweiten Öffentlichkeit. Die Demokratie-Gurke wird für die Einschränkung und Behinderung direkter Bürgermitsprache in Baden-Württemberg vergeben.

Mittlerweile wurden mit dem Masterplan große Anstrengungen in Pforzheim unternommen, um die Bürger stärker und besser in politische Entscheidungen einzubinden. Als ein Ziel der Priorität A im Handlungsfeld „Miteinander und Teilhabe“ wurde im Masterplan definiert: „Institutionalisierte Beteiligungsformen nachhaltig schaffen“. In diesem heißt es unter anderem „Beteiligung soll zum Standard in der Stadtgesellschaft von Pforzheim werden“.

Die durchgeführte Umfrage in der Bevölkerung zum Thema Busverkehr sowie die Diskussionsrunden während des Masterplans selbst schlossen die Frage der Finanzierung und die betriebliche Organisation des Busverkehrs immer aus. In die Entscheidung kommunaler Eigenbetrieb oder privater Konzern wurde die Bevölkerung nie einbezogen. Zahlreiche Studien in den letzten Jahren zeigen jedoch, dass eine große Mehrheit der Bevölkerung eher für die Ausübung der Aufgaben der Daseinsvorsorge durch einen kommunalen Betrieb ist und gegen die Privatisierung in solchen Bereichen.

Direkte und echte Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an politischen Entscheidungen muss und sollte unseres Erachtens bei wichtigen Entscheidungen durch das Instrument des Bürgerentscheides durchgeführt werden.

Vor dem Hintergrund des Masterplanprozesses mit dem Versprechen eine Kultur der Bürgerbeteiligung in Pforzheim zu etablieren und der aufgezeigten Geschichte der Be- und Verhinderung von Bürgerbeteiligung bezüglich der Entscheidung des Busverkehrs in Pforzheim durch die damalige Stadtspitze und die damalige Gemeinderatsmehrheit in der Vergangenheit ist die faire und direkte Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger in einem Bürgerentscheid 2013 oder 2014 nur demokratisch konsequent.

Ein Bürgerentscheid ist auf Grund des nach wie vor hohen Zustimmungsquorums nur dann fair, wenn er gleichzeitig zu einer Wahl stattfindet. Nur dann ist es wahrscheinlich, dass das hohe Quorum von 25% überschritten werden kann.

Mit freundlichen Grüßen,

Wolfgang Schulz      Christof Weisenbacher